

Immer wieder beunruhigt und erschüttert Rechtsextremismus die Bundesrepublik. Insbesondere die NPD verursacht seit einigen Jahren wieder viel Aufsehen und Aufregung. Auf die zentrale Frage, wie gefährlich die NPD für die Demokratie ist, gibt es keine einfachen Antworten. Verglichen mit vielen anderen Ländern in Europa (Schweiz, Belgien, Österreich, Frankreich, Italien), scheint der parteipolitische Rechtsextremismus in Deutschland nach der „Hitlerei“ (Sebastian Haffner) eher schwach ausgeprägt. Anderorts erringen rechtsextreme Parteien höhere und häufigere Wahlerfolge. In vielen Ländern gehören Wahlerfolge rechtsextremer Kräfte um die zehn Prozent eher zur Regel, in Deutschland hingegen zur Ausnahme. Bei der großen Mehrzahl der Europa- und Landtagswahlen sowie bei allen Bundestagswahlen seit 1949 scheiterten rechtsextreme Parteien mehr oder minder deutlich.

Allerdings zeigt ein deutscher Zeitvergleich, wie die NPD wieder zulegt – nach ihren Erfolgen in den Sechziger- und ihrem Absturz zur Marginalpartei in den Siebzigerjahren. Mancherorts verlässt sie das Splitterparteimilieu, insbesondere seit dem verfahrenen NPD-Verbotsverfahren. Auch wenn es zuletzt keine kontinuierlichen Zuwächse für die sogenannten Nationaldemokraten als Wahlpartei gab: Insgesamt erhöhen sich ihre Prozentanteile seit einiger Zeit. Zweimal haben sie zuletzt sogar die Fünf-Prozent-Hürde gemeistert: 2004 mit 9,2 Prozent bei der Landtagswahl in Sachsen (über 190 000 Zweit-

stimmen; plus 7,8 Prozentpunkte gegenüber der Landtagswahl 1999; Stimmenanteil versiebenfacht; zwölf Abgeordnete im Landtag); 2006 mit 7,3 Prozent bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern (über 59 000 Zweitstimmen; plus 6,5 Prozentpunkte gegenüber der Landtagswahl 2002; Stimmenanteil verachtfacht; sechs Abgeordnete im Landtag).

Damit agiert die Partei heute erstmals seit ihren Wahlerfolgen der Sechzigerjahre in zwei deutschen Landesparlamenten, in Sachsen sogar als viertstärkste Partei vor FDP und Grünen, nur knapp hinter der SPD (9,8 Prozent), die nur einen Parlamentssitz mehr errang als die NPD, deren Fraktion sich inzwischen (selbst) verkleinert hat. Vier Prozent erlangte die NPD bereits bei der Landtagswahl 2004 im Saarland. Bei der letzten Bundestagswahl 2005 blieb sie zwar bundesweit klar unter fünf Prozent, vervierfachte aber ihren Zweitstimmenanteil im Vergleich zur Bundestagswahl 2002: von 0,4 Prozent auf 1,6 Prozent (748 568 Zweitstimmen) – auf Bundesebene das beste NPD-Ergebnis seit 1969. Ihre klar höchsten Stimmenanteile und Zuwächse gewann sie in Ostdeutschland: in Brandenburg (3,2 Prozent; plus 1,7 Prozentpunkte), Mecklenburg-Vorpommern (3,5 Prozent; plus 2,7 Prozentpunkte), Sachsen (4,9 Prozent; plus 3,5 Prozentpunkte), Sachsen-Anhalt (2,5 Prozent; plus 1,5 Prozentpunkte) und Thüringen (3,7 Prozent; plus 2,8 Prozentpunkte).

Ingesamt errang die NPD im Osten (inklusive Ostberlin) 3,6 Prozent und im

Westen 1,1 Prozent. Damit war sie in der Ex-DDR mehr als dreimal so stark wie in der alten Bundesrepublik – ihr schlechtestes Ergebnis erhielt sie in NRW (0,8). Immerhin 0,9 Prozent erzielte die NPD schon bei der Europawahl 2004. Damit verdoppelte sie ihren Stimmenanteil von der Europawahl 1999 (0,4 Prozent) deutlich und partizipierte an der staatlichen Parteienmitfinanzierung (ab 0,5 Prozent). Auf Landesebene verbuchte die NPD bei der Europawahl im Sommer 2004, an der auch die REP teilnahmen (3,4 Prozent), mit 3,3 Prozent ihr bestes Resultat in Sachsen. Im Osten Deutschlands droht die NPD zur vierten Kraft aufzusteigen – wie in der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre in der alten Bundesrepublik. Allerdings sind die NPD und ihr Umfeld bis dato weit davon entfernt, zur Massenbewegung zu mutieren – in ganz Deutschland gibt es 7000 NPD-Mitglieder.

Herausforderung für die Demokratie

Zwar schminkt und maskiert sich die NPD gelegentlich: Doch sie betreibt verbale Aufrüstung; sie formuliert zunehmend hemmungslos. Immer stärker rückt sie sich selbst in die Nähe sowohl der NS-Diktatur als auch der SED-Diktatur und geht auf Distanz zur Demokratie. Noch schärfert und offener als andere Parteien im rechtsextremen Spektrum agitiert sie gegen die Demokratie. Nach dem NPD-Verbotsverfahren zeigt die NPD immer deutlicher ihre Demokratieablehnung – schon in Karlsruhe scheiterte das Verbot ja mitnichten an mangelnden Anhaltspunkten für die Verfassungswidrigkeit der NPD, sondern weil die zuständigen Behörden das Verfahren unzureichend vorbereitet hatten. Gerade weil der „Aufstand der Anständigen“ vor dem Bundesverfassungsgericht zum „Aufstand der Unfähigen“ mutierte, wähnt sich die NPD vorerst gefit gegen ein neues Verbotsverfahren. Sie wittert Morgenluft.

Obwohl es ihr an einer charismatischen und eloquenten Leitfigur à la Haider oder Le Pen mangelt, wächst die Relevanz der NPD, zumindest in den jungen Bundesländern. Nach der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) ist keine Partei heute stärker ostdeutsch ausgerichtet als die NPD. Im rechtsextremen Lager gibt es weder eine ältere noch eine vitalere Kraft: Gesamtdeutsch überflügelt die NPD ihre Konkurrenten DVU und REP. Als Wahlpartei ist sie heute die klar gefährlichste Partei im rechtsextremen Spektrum. Zuverlässig und lückenlos verhindert offenbar auch die Fünf-Prozent-Hürde des bundesdeutschen Verhältniswahlsystems keine Wahlerfolge rechtsextremer Parteien – in Frankreich bildet selbst das Mehrheitswahlsystem allein keine unüberwindbare Hürde für rechtsextreme Wahlerfolge um die fünfzehn Prozent; das französische Mehrheitswahlsystem mit zwei Wahlgängen schafft es üblicherweise lediglich, Le Pens rechtsextreme Formation vom Parlament fernzuhalten, weil der FN im zweiten Wahlgang scheitert. Auf unterschiedliche Weise zeigt sich damit sowohl in Frankreich als auch in Deutschland die begrenzte Wirkung von Wahlsystemen, die rechtsextreme Kräfte zwar hemmen, aber allein schwerlich verhindern können.

Solange die NPD unverboten bleibt, solange sie die Fünf-Prozent-Hürde meistert, kann ihre parlamentarische Präsenz die Mehrheitsbildung erschweren, weil sie als Koalitionspartner ausscheidet und rechnerisch die Latte für die absolute Mehrheit erhöht, auf die jede stabile Regierung angewiesen ist – zum Landtag von Sachsen gehören inzwischen sogar sechs Fraktionen: CDU, PDS, SPD, NPD, Grüne und FDP; vier davon landeten in der Opposition. Dass in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern derzeit Große Koalitionen amtieren, daran hat die NPD einen Anteil. Insofern fordert die NPD Bedingungen, die zu Großen Koalitionen

oder gar Drei-Parteien-Bündnissen beitragen; beide Konstellationen bieten ja, weil eher heterogen, eine schlechtere Grundlage für möglichst kompakte und kohärente Politik als kleine Koalitionen, die mit ihrer Politik üblicherweise besser imstande sind, Probleme zu lösen beziehungsweise zu lindern und damit Parteien wie die NPD zurückzudrängen. Großen Koalitionen hingegen fällt es gemeinhin zwar leichter, Entscheidungen durchzusetzen, aber schwerer, sie zu finden. Wenn die Volksparteien schwächeln, kann die NPD von jenen Großen Koalitionen oder jenen instabilen Drei-Parteien-Bündnissen (Ampeln) zusätzlich profitieren, die sie mit herbeigeführt hat – ein Teufelskreis. Deshalb bedeutet die NPD eine Herausforderung für Grundwerte der Demokratie, aber auch ihre Regierbarkeit. Je knapper die Mehrheitsverhältnisse sind, desto größer kann der Einfluss kleiner Parteien wie der NPD sein.

Offensive Gegenmaßnahmen

Umso wichtiger ist es, sich vor Ort mit der NPD auseinanderzusetzen. Es existiert allerdings kein Patentrezept mit Erfolgsgarantie, wie NPD & Co zu bekämpfen sind. Um die Partei zu schwächen und wieder flächendeckend klar unter die Fünf-Prozent-Hürde zu drücken, gilt es, dicke Bretter zu bohren, langen Atem zu beweisen und ein Bündel an Maßnahmen zu ergreifen. Insbesondere im Osten Deutschlands, wo Kirchen und Volksparteien schwächer verwurzelt sind, bleibt es eine wichtige Aufgabe, der NPD konsequent entgegenzutreten (CDU-Mitglieder in ganz Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2005: gut 6500; SPD-Mitglieder dort: knapp 3000 – im Westen gibt es immer noch Kreisverbände der Volksparteien mit 3000 und mehr Mitgliedern). Doch auch im Westen sinkt insgesamt die Zahl der Mitglieder von CDU/CSU und SPD; dadurch wächst ein politisches

Vakuum, das es Parteien wie der NPD erleichtert, sich zu präsentieren.

Erstens: Demokraten müssen die anti-demokratische Agitation der NPD gleichermaßen entschlossen und gelassen bekämpfen – ohne Hysterie und Ignoranz, ohne Über- und Untertreibungen. Dazu gehört es, die NPD-Halbwahrheiten zu widerlegen, die schwerer zu enttarnen sind als reine Lügen. Zwar ist die Arbeitslosigkeit unter Ausländern doppelt so hoch wie unter Deutschen, insbesondere wegen geringerer Qualifikationen. Doch wenn die NPD im Osten gegen Ausländer hetzt und sie zu einer Gefahr für Arbeitsplätze stilisiert, dann ist es unverzichtbar, auf den dortigen Ausländer-Anteil hinzuweisen: rund zwei Prozent. Nach wie vor gibt es in Deutschland, das Exportweltmeister ist, wichtige Branchen, die händerringend Arbeitskräfte suchen, zum Beispiel Ingenieure; ohne ausländische Erntehelfer gäbe es in Deutschland wohl Engpässe in der Versorgung mit heimischen Produkten. Inzwischen mutiert Fachkräftemangel mancherorts in Deutschland zur Wachstums- und Beschäftigungsbremse. Insofern gefährden Abschottungsiedeologie, Antikapitalismus und Ausländerfeindlichkeit der NPD inländische Arbeitsplätze: je stärker die NPD, desto negativer für die Beschäftigung in Deutschland – und positiver für Beschäftigung im Ausland.

Um Halbwahrheiten zu bekämpfen, gilt es, die komplexe politische und soziale Wirklichkeit insgesamt sowohl ausgewogen als auch allgemein verständlich zu erklären, zumal das wichtigste Massenmedium, das Fernsehen, es kaum schafft, schwierige Sachverhalte angemessen darzulegen. Es geht darum, sowohl die Kunst zur Differenzierung zu beweisen als auch zur Deutlichkeit. So bleibt es wichtig, zwischen Patriotismus, der in demokratischen Parteien eine Heimat finden muss, und Nationalismus à la NPD zu unterscheiden, ebenso zwischen integrations-

willigen und -feindlichen Zuwanderern, zum Beispiel nach der differenzierten Devise: „Fremdenfreundlichkeit ja, Fanatikerfreundlichkeit nein.“ Weder deutsche noch ausländische Extremisten und Kriminelle verdienen Artenschutz, insbesondere keine Hassprediger, keine Gewalt- und/oder Intensivtäter; sie sind ohne Samthandschuhe zu behandeln. Ralf Dahrendorf bilanziert: Die gemäßigten Politiker „müssen die großen Vereinfachungen vermeiden und doch die Komplexität der Dinge verständlich machen [...] Komplizierte Zusammenhänge zu erklären ist eine Hauptaufgabe demokratischer politischer Führer.“

Zweitens: Dort, wo sich Rechtsextremisten und vor allem ihre Sympathisanten vor Ort tummeln, müssen Demokraten präsent sein und mit ihnen reden – es gilt, sowohl über solche Leute zu sprechen als auch mit ihnen. Demokraten müssen versuchen, verirrte Wahlberechtigte zu integrieren, ohne damit auch nur ansatzweise rechtsextreme Programmatik zu übernehmen. Es gehört zu den Aufgaben der gemäßigten Parteien, Wahlberechtigte mit extremistischen Einstellungen für sich und die Demokratie zu gewinnen. Kein sinnvoller Beitrag ist es, die NPD dort totschweigen zu wollen, wo sie vor Ort aktiv ist: Unangenehme Tendenzen wie Rechtstremismus lassen sich üblicherweise nur für kurze Zeit ausblenden. Besser ist es, wenn Demokraten die NPD frühzeitig offensiv bekämpfen. Bürger sichern den guten Ruf ihres Ortes eher durch rasche Gegenwehr als durch Bemühungen, die NPD zu ignorieren. Als „Nestbeschützer“ agieren eher jene, die versuchen, NPD-Aktivitäten zu vertuschen.

Drittens: Es bleibt wichtig, die zentralen Probleme zu lindern oder zu lösen, von denen die antikapitalistische NPD profitiert, insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit – gewiss gibt es einfachere, aber auch schwierigere Aufgaben. Die gemäßigten Parteien sind verpflichtet, in aus-

gewogener Manier gerade auch solche Missstände anzusprechen und vor allem zu bekämpfen, die Wählern extremistischer Parteien „auf den Nägeln brennen“. Es gilt, keine relevanten Probleme, zum Beispiel die Ausländerintegration, zu vernachlässigen oder unter den „Teppich zu kehren“, um sich gemeinsam daraufzusetzen. Wer rechtsextreme Kräfte wirksam zurückdrängen will, darf sich keine Scheuklappen anlegen oder anlegen lassen von jenen, die politische Mitbewerber mundtot machen und in eine politische Ecke drängen wollen. Zu vermeiden ist insbesondere der Eindruck, „die“ Politiker (oder Medienvertreter) missachteten bestimmte Hauptprobleme. Denn dann können Extremisten umso wirksamer behaupten, „die da oben“ machten, was sie wollten, und „wir hier unten müssen alles schlucken“.

Es kommt darauf an, Vorbereitungen zu treffen, bevor sich Probleme auftürmen und Extremisten punkten (können). Vielmehr müssen die gemäßigten Parteien auf differenzierte Art gezielt gerade auch solche Themen anpacken, mit denen sich schreckliche Vereinfacher profilieren (könnten). So schafften es die Volksparteien 1993 nach (zu) langem Ringen, den differenzierten Asylkompromiss mittels Grundgesetzänderung durchzusetzen und damit die REP stark zu schwächen. Zuvor rangierte das Asylthema ganz oben im Sorgenkatalog der Bürgermehrheit und hatte andere Hauptthemen verdrängt; die REP galten in Asylfragen bei einem erheblichen Teil der Bürger sogar als kompetent. Sicher schwieriger, aber dennoch möglich ist es, die sozialen Probleme in Deutschland zu lindern oder zu lösen, die heute zum NPD-Aufstieg beitragen. Immerhin halten die meisten NPD-Wähler von der sozialen Lösungskompetenz „ihrer“ ausländerfeindlichen Partei wenig. Selbstverständlich dürfen gemäßigte Parteien niemals extremistische Inhalte kopieren.

Viertens: Wenn die NPD nach Wahlerfolgen im Fernsehen auftritt, ist es bedeutsam, die Vertreter der Partei gut vorbereitet, sachkundig und sachlich zu befragen, um sie stärker zu enttarnen – ohne Hysterie, ohne Naivität oder eine Mischung aus beidem. Die NPD darf weder (weitere) Chancen bekommen, sich zum „Märtyrer“ zu stilisieren, noch darf sie (zusätzliche) Gelegenheiten erhalten aufzutrumpfen – sicher eine schwierige Gratwanderung: Journalisten müssen einerseits die Gefährlichkeit der NPD verdeutlichen, dürfen ihr aber andererseits keine Bühne zur Selbstdarstellung gewähren. Wesentliche Voraussetzung für einen verantwortungsvollen Umgang mit der NPD im Fernsehen (und anderswo) ist es, die zentralen Inhalte der Partei genau zu kennen, etwa dank der Verfassungsschutzberichte, die kostenlos sind, aber (hoffentlich) nicht umsonst. Hilfreich kann in Auseinandersetzungen mit der NPD sein: Die Partei verfügt anders als ihre Geschwister in Frankreich oder Österreich über keine politischen Naturtalente; die krass antidemokratische NPD-Agitation erleichtert es, sie zu bekämpfen.

Ziel muss es sein, vor allem durch Aufklärung im Fernsehen möglichst viele Wähler rechtsextremer Kräfte zu den verfassungstreuen Parteien zurückzuführen. Darin liegt die Mitverantwortung von Journalisten im Kampf gegen Rechtsextremismus; Journalisten können rechts-extreme Kräfte hemmen oder fördern, allerdings nicht „machen“. Wenn ein rechtsextremer Populist vor laufenden Kameras und Mikrofonen einschlägige Hetzparolen ausstößt oder Mindestregeln des Anstands verletzt, bleibt immer noch die Möglichkeit, das Gespräch zu beenden oder ihn davon auszuschließen.

Fünftens: Es kommt darauf an, im parlamentarischen Alltag oder vor Ort gegenüber NPD-Vertretern sowohl menschliche Distanz zu wahren als auch ein

Minimum an normalen Umgangsformen. Die NPD grenzt sich durch ihre Politik ohnehin selbst aus, sie sollte aber keine zusätzliche Chance bekommen, sich zum Opfer zu stilisieren. Kumpanei mit der NPD verbietet sich von selbst; ebenso alarmistische Selbstdarstellung unter dem Motto „Wer ist der härteste NPD-Gegner?“. Empörungswettbewerbe erhitzzter Politiker der gemäßigten Parteien schaden dem Anliegen, die NPD wirksam und kühl zu bekämpfen.

Sechstens: Niemals und nirgendwo darf es Kooperationen mit der NPD geben. Zwar sollte keine vernünftige Entscheidung nur deshalb scheitern, weil auch die NPD ihr zustimmt – wenn die NPD sinngemäß erklärt, zwei plus zwei ergibt vier, muss eine solche Rechnung deshalb nicht falsch sein. Doch dürfen sich gemäßigte Parteien und demokratische Politik keinesfalls von Extremisten abhängig machen. Es darf vor allem keine Koalitionen mit Parteien wie der NPD geben, auch wenn es irgendwo und irgendwann noch so schwer fallen mag, Mehrheiten zu bilden. Wie gemäßigte Parteien mit rechts-extremen Kräften umgehen (sollten), zeigte Erwin Teufel, der sich nach der Landtagswahl 1992 konsequent weigerte, mit den REP auch nur zu sondieren, obwohl CDU und REP rechnerisch über eine Mehrheit verfügten. Weil er eine Koalition mit den REP kategorisch ausschloss, konnte die CDU keine kleine Koalition bilden, sondern musste eine Große Koalition eingehen – gegen kleine Partner kann eine Volkspartei ja personalpolitische und programmatische Ziele meist besser durchsetzen als gegen große Partner. Mit den Grünen hingegen verhandelte der damalige Ministerpräsident kurz.

Zwar heißt es immer wieder, Extremisten sollten in Regierungsmitsverantwortung zeigen, was sie (nicht) können. Doch wer extremistische Parteien und Politiker in Regierungen nimmt, um sie zu „entzaubern“ und/oder als Mehrheitsbe-

schaffer zu nutzen, hilft unter Umständen, solche Kräfte zu akkreditieren und zu banalisieren, gibt ihnen bessere Chancen, die eigene Klientel zu bedienen, erleichtert ihnen den Zugang zu den Massenmedien und unterschätzt ihre Fähigkeit beziehungsweise Bereitschaft, sowohl die Regierungspartei als auch Fundamentalopposition zu mimen. Gerade in Deutschland können Regierungsparteien die politische Verantwortung für politisches Versagen leichter als anderswo wegdrücken, weil die Politikverflechtung stärker und damit die politische Transparenz schwächer ausgeprägt ist. Die Konkordanzdemokratischen Elemente im bundesdeutschen Institutionengefüge erleichtern es gerade auch extremistischen Regierungspartnern auf Landesebene, Defizite der eigenen Leistungsbilanz zu verschleiern, indem sie Verantwortung weiterverschieben an den „Kapitalismus“, die „Kartellparteien“, den Bund, die USA, den Koalitionspartner oder die Globalisierung. Im Unterschied zu Deutschland pflegen demokratische Politiker in anderen Ländern bisweilen einen weniger zimperlichen Umgang mit Extremisten, wenn sie die Chance wittern, sich politische Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. So half Staatspräsident Mitterrand in Frankreich, dem aufstrebenden Le Pen die Fernsehbühne zu öffnen – fast zeitgleich kollaborierte Mitterrand mit Kommunisten. Seit seinen ersten Fernsehauftritten gehört der FN-Chef zu den medienpräsentesten Politikern, der Fernsehsendern hohe Einschaltquoten beschert. Mitterrand hatte gehofft, den bürgerlichen Parteien so einen unliebsamen Konkurrenten heranzuziehen, um sie zu zersplittern und zu schwächen – doch später mutierte Le Pen zum Arbeiterführer, der scharenweise Prolet-Arier sammelte. Mitte der Achtzigerjahre ließ Mitterrand das Verhältniswahlsystem einführen, um Le Pen die Parlamentsbühne zu öffnen, die er prompt bei der nächsten Wahl mit einer Fraktion

für eine Wahlperiode betreten konnte, bis die neue Parlamentsmehrheit das Mehrheitswahlsystem wieder einführte. Premierminister Pierre Bérégovoy plauderte aus dem Nähkästchen über Mitterrands Machtkalkül: „Wir haben jedes Interesse, den FN zu fördern. Er zerstört die Chancen der bürgerlichen Rechten bei Wahlen. Je stärker er wird, desto unschlagbarer (sic) werden wir. Das ist die historische Chance der Sozialisten.“ Ein Vertrauter Mitterrands ergänzte: „Mitterrand ist genügend Taktiker, um zu wissen, dass man die Gegner auseinanderdividieren muss.“ Bürgerliche Politiker ließen sich mit FN-Stimmen an die Spitze einiger Regionalräte wählen. Machiavellismus triumphierte über antiextremistische Prinzipientreue.

Siebtens: Die gemäßigten Parteien müssen Kooperationen mit linksextremen Parteien à la PDS meiden, zum Beispiel bei Demonstrationen gegen die NPD. Auch wenn erhebliche Rechts-links-Unterschiede links- und rechtsextreme Parteien trennen: Beide teilen insbesondere ihre extremistische Grundhaltung beziehungsweise Demokratiefeindschaft. Eckhard Jesse betont: „Jeder Rechtsextremist ist ein Demokratiefeind, aber nicht jeder Demokratiefeind ist ein Rechtsextremist.“ Wer bei bestimmten Extremisten ein Auge zudrückt, leistet keinen Beitrag, die eigene Glaubwürdigkeit zu fördern. Es gilt, jeglichen Extremismus mit beiden Augen zu beobachten, um ihn stärker zu bekämpfen – mit gelassener Entschlossenheit. Mit beiden Augen sieht man besser. Es kommt darauf an, größtmögliche Distanz zu jeglichen Extremisten zu wahren. Zu verhindern ist eine „Erosion der Abgrenzung“ (Wolfgang Rudzio).

Achtens: Es darf keine Versuche geben, Vergleiche zwischen Rechts- und Linksextremismus als „Gleichsetzung“ zu tabuisieren. Vielmehr können solche Vergleiche neben Gemeinsamkeiten auch Unterschiede verdeutlichen und damit

zum Erkenntnisgewinn beitragen: „Alles Denken heißt Vergleichen“ (Walter Rathenau). Es gibt keinen guten Grund, Einsichten zu verweigern, die auf sinnvollen Vergleichen beruhen.

Neuntens: Es bleibt wichtig, die inhaltlichen Hauptunterschiede zwischen den gemäßigten Parteien immer wieder deutlich zu machen, um die zentralen Alternativen aufzuzeigen; die NPD versucht ja gern, sich als einzige wahre Alternative zu allen anderen Parteien zu präsentieren, die sie als angeblich identisch bezeichnet („Parteienkartell“); ein erheblicher Teil eher unpolitischer Wähler hat ohnehin Probleme, Unterschiede zwischen den verfassungstreuen Parteien zu identifizieren. So wichtig es ist, ein Messer regelmäßig zu schärfen, so bedeutsam bleibt es für CDU/CSU und SPD, das eigene Politiprofil zu schärfen, gerade in Zeiten einer Großen Koalition auf Bundesebene. CDU/CSU und SPD, aber auch die Massenmedien müssen trotz aller politischen Kompromisse immer wieder verdeutlichen, was beide Parteien unterscheidet – insbesondere auf Länderebene gibt es deutliche Unterschiede in politischen Zielen und vor allem Ergebnissen.

Zehntens: Es gilt, die Grenze zum Rechtsextremismus weiter glasklar zu ziehen. Deshalb war es richtig und wichtig, Martin Hohmann und Henry Nitzsche aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auszuschließen. Hohmanns larmoyante Rede zum 3. Oktober 2002 bewegte sich in weiten Teilen in der Grauzone zwischen Wahrheit und Lüge und kann deshalb gefährlicher sein als reine NS-Apologetik.

Elfens: Auch wenn ein Parteiverbot einen tiefen Eingriff bedeutet: Gerade weil die NPD seit jüngster Zeit verstärkt Anhaltspunkte für ihre Verfassungsfeindlichkeit liefert, darf kein verantwortungsbewusster Demokrat die Forderung ausschließen, die Partei notfalls zu verbieten. Das Instrument des Parteiverbotes ist als *Ultima Ratio* zu erhalten. Ein Parteiver-

bot böte die Chance, notfalls ein höchstgerichtliches Signal gegen Demokratiefeinde zu setzen. Es erschwerte zwar die Beobachtung von (gewaltbereiten) Rechtsextremisten, entzöge der Partei aber sowohl ihre organisatorische als auch finanzielle Basis, die es ihr erleichtern, gegen die Demokratie vorzugehen und (unentschlossene) Anhänger zu rekrutieren. Der Staat müsste ihr weder Sendezeiten in Funk und Fernsehen gewähren noch sie an der Parteienfinanzierung beteiligen (Europa- und Bundestagswahlen ab 0,5 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen, bei Landtagswahlen ab einem Prozent). Allerdings beseitigte selbstverständlich kein Verbot die komplexen Ursachen rechtsextremer Agitation und Gewalt. Die Richter in Karlsruhe können ohnehin lediglich Wieder-, aber keine Neugründungen verbieten, wobei die Grenzen dazwischen mitunter zerfließen.

Nach einem NPD-Verbot würde der rechtsextreme Rest in den einschlägigen Partner- und Konkurrenzparteien wohl behaupten, halb so schlimm zu sein; er bekäme die zusätzliche Chance, sich als „demokratisch“ zu stilisieren. DVU und die sogenannten REP dürften sich deshalb über ein NPD-Verbot freuen, weil sie dadurch einen Konkurrenten verloren und weil sich so die Zersplitterung des rechtsextremen Lagers verringerte. Inzwischen gibt es (wieder) mehr Kooperation der rechtsextremen Parteien – diesen Prozess könnte ein NPD-Verbot fatalerweise fördern. Anders als in Frankreich, wo das weitgehend geeinte Lager der Rechtsextremisten seit Anfang der Achtzigerjahre gerade auch deshalb mit seinem Führer Le Pen große Erfolge feiert, weil es seither im Wesentlichen geeint auftritt, leidet das rechtsextreme Spektrum in Deutschland ja bislang an seiner großen Zersplitterung in mindestens drei Parteien.

Um Parteiverbote zu erleichtern, sollte es künftig möglich sein, im zuständigen Senat des Bundesverfassungsgerichts ein

Parteiverbot mit einfacher Mehrheit der acht Richter zu verhängen statt mit Zweidrittel-Mehrheit (sechs zu zwei) wie bislang, die zugleich eine Drei-Viertel-Mehrheit ist. Auch nach einer solchen Reform bleibt das Instrument „Parteiverbot“ hinreichend gesichert gegen Missbrauch, unter anderem durch die Unabhängigkeit der Richter und des Gerichts, das über das Entscheidungsmonopol verfügt; die betroffene Partei kann vor Gericht ihre „Unschuld“ beweisen. Wichtig ist es ebenfalls, eine Regelung zu finden, um vorzeitig ausscheidende Richter zu ersetzen: Weil es derzeit keine Möglichkeit gibt, vorzeitig ausscheidende Richter zu ersetzen (und immer wieder Richter ausscheiden), kann unter Umständen dann, wenn zwei Richter ausgeschieden sind, jeder einzelne der sechs verbliebenen Richter ein Parteiverbot verhindern. Allerdings bleibt auch nach Reformen vor allem ein Dilemma: Einerseits brauchen die Sicherheits-Behörden V-Leute in der NPD-Spitze, um zu wissen, was die Partei genau treibt; wie wichtig V-Leute sein können, zeigt die Verhinderung eines Attentats auf die Grundsteinlegung des jüdischen Kulturzentrums in München 2003; ein V-Mann gab einen entscheidenden Hinweis aus dem Kreise derer, die das Verbrechen vorbereitet hatten; andererseits erschweren V-Leute in der NPD-Spitze beziehungsweise ihre Äußerungen in Anträgen unter Umständen offenkundig ein Verbotsverfahren. Gerade auch deshalb bleibt es am wichtigsten, die NPD politisch und gesellschaftlich zu bekämpfen. Ein Verbot oder eine öffentliche Diskussion darüber dürfen zu keinem Alibi mutieren, in der Auseinandersetzung mit

der NPD und im Kampf gegen sie nachzulassen. Allerdings gibt es erfahrungsgemäß einfachere Aufgaben, als sich mit Kräften politisch auseinanderzusetzen, die ihre hermetisch abgeriegelte Weltanschauung kompromisslos verfechten. Deshalb gilt es, vor allem einfache NPD-Mitglieder und -Sympathisanten möglichst für die Demokratie zu gewinnen.

Zwölftens: Besonders bedeutsam bleiben politisch-historische Bildung und demokratische Erziehung in Elternhäusern und Schulen. Solche Bildung und Erziehung sind zwar keine Allheil- oder gar Wundermittel gegen Demokratiefeindschaft, können aber helfen, die Gefahr des Rechtsextremismus zu mindern. So gilt es, deutlich zu widersprechen, wenn ausländerfeindliche und rechtsextreme Parolen erklingen. Wenn feige Rechtsextremisten einen (dunkelhäutigen) Deutschen oder Ausländer gar misshandeln, bleibt es staatsbürgerliche Pflicht, wenigstens die Polizei zu rufen, Anzeige zu erstatten und als Zeuge auszusagen, auch wenn für Aussagebereite damit Unannehmlichkeiten verbunden sein mögen. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit jeglichen Diktaturen und Extremismen, mit ihrer Geschichte und Gegenwart kann immunisieren; sie kann dazu beitragen, nach Hitler- und SED-Diktatur totalitäres und extremistisches Denken und Handeln zu verhindern oder zu verringern. Wichtig bleibt es, sinnvolle Freizeit-Aktivitäten zu unterstützen, zum Beispiel im Sport, wo Jugendliche in Vereinen soziales Verhalten einüben können: Teamgeist, Leistungsbereitschaft, Durchhaltewillen und Disziplin.